

Stand: 11.02.2025 20:10:58

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/1849

"Ein klares NEIN zu sozialistischen und nationalistischen Irrwegen!"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/1849 vom 07.05.2019
2. Plenarprotokoll Nr. 16 vom 08.05.2019
3. Beschluss des Plenums 18/2078 vom 14.05.2019
4. Plenarprotokoll Nr. 17 vom 14.05.2019



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Bernhard Pohl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Manfred Eibl, Susann Enders, Dr. Hubert Faltermeier, Hans Friedl, Tobias Gotthardt, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Wolfgang Hauber, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Alexander Hold, Nikolaus Kraus, Rainer Ludwig, Gerald Pittner, Kerstin Radler, Gabi Schmidt, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Ein klares NEIN zu sozialistischen und nationalistischen Irrwegen!

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag distanziert sich von allen Überlegungen und Bestrebungen, in Bayern und in Deutschland sozialistische oder nationalistische Irrwege zu beschreiten.
2. Der Landtag bekennt sich zur freiheitlich demokratischen Grundordnung und damit zu unserer verfassungsmäßigen Ordnung, deren Kernbereich die Grundrechte sind. Der Landtag verurteilt daher Aktionen, die geeignet sind, diese Ordnung in Frage zu stellen.
3. Der Landtag lehnt explizit Vorschläge zur Verstaatlichung, Vergemeinschaftung oder Vergesellschaftung privatwirtschaftlicher Unternehmen wie BMW ab; auch die Enteignung privater Wohnungseigentümer ist nicht Gegenstand bayerischer Politik.
4. Der Landtag stellt fest, dass die von den Parlamenten und Regierungen des Bundes sowie der Länder getragene Soziale Marktwirtschaft die unverzichtbare Grundlage für den Wiederaufbau Deutschlands nach dem Zweiten Weltkrieg und die Schaffung von Wohlstand durch die Menschen und Unternehmen war und dies bis heute ist.

Begründung:

Die freiheitlich demokratische Grundordnung, darunter auch das Recht auf Privateigentum (Art. 14 Grundgesetz) und Berufsfreiheit (Art. 12 Grundgesetz) bildet seit dem Zweiten Weltkrieg die Grundlage, auf der der Bundestag und die Landtage sowie die Bundes- und Landesregierungen die Soziale Marktwirtschaft als Grundlage unserer Arbeits- und Wirtschaftsordnung geschaffen haben. Auf dieser Basis haben die Menschen und Unternehmen das deutsche Wirtschaftswunder nach dem Krieg geschafft, und tragen bis heute dazu bei, dass die Menschen in Bayern und Deutschland eine gute Lebensgrundlage haben. Seit Jahrzehnten besteht hierzulande Konsens, dass sozialistische, kommunistische und nationalistische Irrwege kein Mittel deutscher und bayerischer Politik sind. Dies gilt insbesondere auch für entschädigungslose Enteignungen. Diese sind mit dem Grundgesetz ebenso wenig vereinbar, wie jede Art von kommunistischen und nationalistischen Umtrieben.

Vor dem Hintergrund der jüngsten öffentlichen Debatten und Entgleisungen, erscheint es daher unverzichtbar, Verunsicherungen in der Bevölkerung sowie der in- und ausländischen Wirtschaft im Keim zu ersticken. Bayern und Deutschland lehnen jedwede rückwärtsgewandte, gescheiterte und nicht mit unseren Verfassungsgrundsätzen zu vereinbarende Ideologien und Ideen ab.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Dritter Vizepräsident Alexander Hold

Abg. Bernhard Pohl

Abg. Katrin Ebner-Steiner

Abg. Natascha Kohnen

Abg. Christian Kligen

Abg. Josef Schmid

Abg. Florian von Brunn

Abg. Jürgen Mistol

Abg. Andreas Winhart

Abg. Martin Böhm

Abg. Sebastian Körber

Abg. Raimund Swoboda

Staatssekretär Roland Weigert

Abg. Volkmar Halbleib

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Ich rufe ebenfalls zur gemeinsamen Beratung auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Bernhard Pohl u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Ein klares NEIN zu sozialistischen und nationalistischen Irrwegen! (Drs. 18/1849)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Horst Arnold, Annette Karl, Florian von Brunn u. a. und Fraktion (SPD)

Wohlstand für alle - der wirtschaftliche Weg für Bayern (Drs. 18/1875)

Nachdem es nach 18:30 Uhr ist, können wir die Aussprache auf jeden Fall bis zum Ende durchführen, obwohl 19:00 Uhr als Sitzungsschluss festgelegt ist. Wenn Sie allerdings Wert darauf legen, dass über diese Anträge heute noch abgestimmt wird, sollten Sie sich zu prägnanten Wortbeiträgen durchringen, weil ab 19:00 Uhr nicht mehr abgestimmt werden kann.

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Erster Redner ist der Kollege Bernhard Pohl für die FREIEN WÄHLER.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): (Beitrag nicht autorisiert) Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Ereignisse der letzten Tage machen es notwendig, dass dieses Parlament ein klares Bekenntnis zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung abgibt.

Beginnen wir mit einem Vorfall, der Kollegen aus diesem Haus betrifft. Ich hätte es wirklich nicht für möglich gehalten, dass es in diesem Parlament Menschen gibt, die tatsächlich die erste Strophe des Deutschlandlieds singen. Ich hätte das nicht für möglich gehalten, obwohl diese Partei in ihrer Führung Menschen hat, die den Nationalsozialismus als "Vogelschiss" in der deutschen Geschichte verharmlosen, die die Frage stellen, wer neben dem verdienten ehemaligen Nationalspieler Boateng wohnen wolle,

und die von einem "Denkmal der Schande" sprechen. Aber es hat eine ganz andere und eine ganz neue Qualität, dass man die Hymne des nationalsozialistischen Deutschlands, ein Symbol des Dritten Reiches, öffentlich zur Kenntnis gibt.

(Zuruf von der AfD: Schwachsinn!)

Da können Sie "Schwachsinn" rufen, wie Sie wollen. Ich sage es Ihnen ganz persönlich: Ich habe keinerlei Freude daran, Kollegen persönlich anzugreifen. Aber das ist für mich persönlich nicht weit weg vom Zeigen des Hitlergrußes.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLER sowie Abgeordneten der CSU, der GRÜNEN und der SPD)

Wenn das Ihre Form der Leitkultur ist, dann kann ich das nur als Schande bezeichnen und als solche sollte es dieses Parlament auch titulieren.

Ich komme aber gleichermaßen zu Äußerungen eines SPD-Mitgliedes, eines Jungsozialisten namens Kevin Kühnert.

(Volkmar Halbleib (SPD): Das in einen Zusammenhang zu bringen, ist ein Skandal! – Katharina Schulze (GRÜNE): Wahnsinn! Haben Sie das Interview nicht gelesen?)

Lieber Kollege Halbleib, Kevin Kühnert hat sich öffentlich dazu bekannt, dass Enteignungen ein Maßstab und ein Mittel deutscher Politik sein sollen.

(Volkmar Halbleib (SPD): Hier einen Zusammenhang herzustellen!)

Das hat überhaupt nichts mit Zusammenhang zu tun, sondern es geht hier um Extremismus von links und von rechts, liebe Kollegen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU – Katharina Schulze (GRÜNE): Das ist unterirdisch!)

Genauso wenig, wie man auf dem einen Auge blind sein darf, darf man es auf dem anderen Auge sein.

Lieber Kollege Halbleib, man könnte es ja noch als einen missglückten Versuch des Jungsozialisten Kühnert abtun, den Altkommunisten Lafontaine wieder zur SPD zurückzuholen.

(Volkmar Halbleib (SPD): Ihre demokratische Haltung ist ja wirklich zweifelhaft; das fällt doch auf Sie zurück! – Florian von Brunn (SPD): Diesen Zusammenhang stellen Sie am 8. Mai her! – Volkmar Halbleib (SPD): Das ist wirklich beschämend!)

Das könnte man ja noch so darstellen. Aber, lieber Kollege, das war mehr. Das ist eine Gesinnung, die hier zum Ausdruck kommt.

(Volkmar Halbleib (SPD): Das ist Ihre Gesinnung, die hier zum Ausdruck kommt!)

Man will Enteignungen als politisches Mittel rechtfertigen.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Ich finde das sehr interessant. Ihre Erregung scheint ja deutlich zu machen, dass Sie hinter diesen Thesen auch tatsächlich stehen.

(Unruhe – Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU und der AfD – Alexander König (CSU): Sehr richtig! – Volkmar Halbleib (SPD): Beifall von der AfD! – Florian von Brunn (SPD): Diesen Zusammenhang herzustellen!)

Da muss ich Ihnen jetzt schon sagen: Wer das rechtfertigt – –

(Volkmar Halbleib (SPD): Beifall von der AfD!)

Lieber Kollege Halbleib, beruhigen Sie sich! Sie werden mit Sicherheit nicht glauben, dass Herr Kühnert, als er gesagt hat, BMW ist zu vergesellschaften, damit gemeint hat, den Aktionären ihre Aktien abzukaufen. Als er gesagt hat, man solle nur eine

Wohnung, nämlich die eigene, besitzen dürfen, hat er sicherlich auch nicht gemeint, dass man die Besitzer von vermieteten Wohnungen dafür entschädigt. Das hat er mit Sicherheit nicht gemeint. Er hat eine entschädigungslose Enteignung gemeint. Das ist mit unserem Grundgesetz und unserer verfassungsmäßigen Ordnung nicht zu vereinbaren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU und der AfD)

Es geht nicht an und kann nicht geduldet werden, dass wir hier kommunistisches Gedankengut rechtfertigen. Das muss genauso konsequent geächtet werden wie das Gedankengut von Rechtsaußen.

(Unruhe – Zurufe der Abgeordneten Alexander König (CSU) und Florian von Brunn (SPD) – Volkmar Halbleib (SPD): Sie reden sich um Kopf und Kragen!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Kommunismus war ein Menschheitsverbrechen in der Gestalt einer Erlösungsutopie. Diese menschenverachtende Ideologie auch noch zum Gegenstand politischer Debatten zu machen, ist nicht zulässig. Wir als Parlament müssen uns deutlich davon distanzieren.

(Florian von Brunn (SPD): Sie schmeißen bewusst alles in einen Topf, das ist schäbig!)

– Lieber Kollege von Brunn, ich weiß ja, dass es Ihnen höchst peinlich ist.

(Unruhe)

Aber das ist keine Strategie in politischen Debatten, dass man versucht, lauter zu schreien. Wer laut schreit, hat nicht recht. Argumente zählen, und die haben Sie nicht!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU und der AfD – Volkmar Halbleib (SPD): Beifall von der AfD! – Florian von Brunn (SPD): Die politische Kultur geht verloren! Das ist eine Frage des politischen Anstands! – Volkmar Halbleib (SPD): Beifall von der AfD!)

Ich muss jetzt Ihren früheren Vorsitzenden Sigmar Gabriel zitieren, der dieser Tage gesagt hat:

Wo die soziale Marktwirtschaft verliert, gewinnt die Radikalität. Links wie rechts. Was dem einen die Verstaatlichung ist, ist dem anderen die Rückkehr zum Nationalstaat.

Dem Zitat ist nichts hinzuzufügen.

Wir hatten einen Bundespräsidenten, Joachim Gauck, der sich diesem Thema intensiv und sehr ernsthaft gewidmet hat. Ich habe hohen Respekt vor ihm. Er hat die "Prager Erklärung zum Gewissen Europas und zum Kommunismus" ebenso mitinitiiert wie die "Erklärung über die Verbrechen des Kommunismus" vom 25. Februar 2010.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben im 20. Jahrhundert das schlimmste Verbrechen erlebt, das je auf deutschem Boden begangen wurde. Über 10 Millionen Menschen haben das Leben verloren. Der Zweite Weltkrieg mit 50 Millionen Toten wurde von Deutschland initiiert. Wenige Tausend Kilometer weiter östlich hat Stalin gewütet und ebenfalls eine zweistellige Millionenzahl von Menschen auf dem Gewissen. Es kann nicht sein, dass wir wenige Jahrzehnte nach diesen Geschehnissen, 75 Jahre, fast 80 Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg und 30 Jahre nach dem Ende der kommunistischen Diktaturen solche Themen wieder salonfähig machen.

(Florian von Brunn (SPD): Also, Sie setzen alles gleich! Jetzt hört es wirklich auf!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es kann nicht sein,

(Volkmar Halbleib (SPD): Sie sollten sich schämen! – Florian von Brunn (SPD): Ihnen fehlt jeglicher Anstand!)

dass wir derartigen extremistischen Ideologien Platz einräumen. Deswegen muss der Bayerische Landtag ein klares und eindeutiges Bekenntnis zu Demokratie und Rechtsstaatlichkeit und zu den Grundrechten abgeben.

Sie zetern die ganze Zeit, dass hier irgendetwas gleichgesetzt wird, lieber Kollege von Brunn. Es wird überhaupt nichts gleichgesetzt.

(Zuruf von der SPD: Das machen Sie die ganze Zeit!)

Man muss aber deutlich machen, dass es Extremismus sowohl auf der einen als auch auf der anderen Seite gibt. Die konkrete Bewertung kann jeder für sich selbst vornehmen.

Wenn jemand unser Modell der sozialen Marktwirtschaft infrage stellt und durch irgendwelche sozialistischen oder kommunistischen Irrwege ersetzen will, müssen wir dafür Sorge tragen, dass eine solche Diskussion im Keim erstickt wird. Wir stehen auf dem Boden der Verfassung, auf dem Boden des Grundgesetzes, und wir stehen zu unserer freiheitlichen demokratischen Grundordnung. Dazu gehört das Privateigentum, und dazu gehört selbstverständlich auch das Recht, dass jemand mehr als eine Wohnung besitzen darf.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir bitten um Zustimmung zu unserem Antrag. Der nachgezogene Antrag der SPD-Fraktion ist in Punkt 1 bis auf einen Punkt akzeptabel. Zu Punkt 2 stelle ich schon die Frage: Wo bitte ist die soziale Marktwirtschaft besser verwirklicht als in Deutschland, als in Bayern?

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Abgeordneter. Bleiben Sie bitte am Rednerpult. – Ich erteile für eine Zwischenbemerkung der Fraktionsvorsitzenden Katrin Ebner-Steiner von der AfD-Fraktion das Wort.

Katrin Ebner-Steiner (AfD): Es ist bedauerlich, wie berechenbar sich doch Teile dieses Hauses verhalten. Es genügen Nichtigkeiten für die Empörungsrituale der Political Correctness. Ich gebe Ihnen ja recht: Das Absingen aller Strophen des Deutschland-

liedes in einem geschlossenen Raum bei einer geschlossenen Veranstaltung muss nicht sein. Auch mein Verhalten, mein Nichtmitsingen der ersten beiden Strophen

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

des Deutschlandliedes muss möglich sein.

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Ich möchte Sie alle bitten, die Rednerin bei einer Intervention doch aussprechen zu lassen.

Katrin Ebner-Steiner (AfD): Dies habe ich meinen Parteifreunden vor Ort so deutlich gesagt, wie ich es Ihnen heute mitteile.

(Volkmar Halbleib (SPD): Das ist keine Intervention; das ist eine vorbereitete Rede!)

In einem liberalen Staat muss es aber den Unterschied geben: Nicht alles, was erlaubt ist, muss auch klug sein; nicht alles, was unklug ist, muss verboten sein. Bayern ist gerade stolz auf seine Liberalitas Bavariae, weil es diese Unterscheidung den Menschen selbst überlässt. Ich räume auch ein, dass die erste Strophe des Deutschlandliedes mit seiner 170-jährigen Geschichte im Dritten Reich missbraucht, genauer gesagt: in das Gegenteil verkehrt wurde. Der Dichter von Fallersleben wünschte sich genau wie wir heute

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Frau Abgeordnete, Ihre Minute ist abgelaufen.

Katrin Ebner-Steiner (AfD): ein Deutschland in sicheren Grenzen und nicht wie die Nazis die expansorische Verschiebung von Grenzen.

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Ich muss Sie bitten, zum Ende zu kommen.

Katrin Ebner-Steiner (AfD): Insofern hat die Forderung des Dichters nach nationalen Grenzen auch heute noch Aktualität, erst recht, wenn große Teile – –

(Unruhe)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Zur Erwidering erteile ich dem Abgeordneten Bernhard Pohl das Wort. – Frau Abgeordnete, Ihre Redezeit ist beendet.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): (Beitrag nicht autorisiert) Frau Kollegin, die Liberalitas Bavariae und die Toleranz haben dort ihre Grenzen, wo Intoleranz Platz greift. Ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen: Ich habe nicht das geringste Verständnis dafür,

(Alexander König (CSU): Sehr richtig!)

dass man das Symbol, die Hymne des nationalsozialistischen Deutschlands mitsingt. Sie als Fraktionsvorsitzende muss ich schon fragen: Haben Sie da keine Mittel, Ihre Leute zur Räson zu rufen? Ich finde, das ist allerunterste Schublade. Ich sage es noch einmal: Für mich ist das nicht viel anders, als wenn man den Hitlergruß zeigt.

(Katharina Schulze (GRÜNE): Das war die Nazihymne!)

Das ist eine deutliche Billigung des nationalsozialistischen Unrechtsregimes. Das darf von keinem Parlamentarier, das darf von niemandem auf deutschem Boden mehr begangen werden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Abgeordneter Pohl. – Als Nächster erteile ich der Frau Abgeordneten Natascha Kohnen für die SPD-Fraktion das Wort.

Natascha Kohnen (SPD): (Beitrag nicht autorisiert) Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich muss ganz ehrlich sagen: Ich habe es nicht für möglich gehalten, dass im bayerischen Parlament eine solche Rede gehalten wird, wie Sie es gerade getan haben, Herr Pohl. Ich weiß, auf welchem Boden Sie stehen. Sie stehen auf dem Boden des Applauses der AfD und nirgendwo anders. Das, was Sie hier gemacht haben, ist ein Skandal.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN – Alexander König (CSU): Das ist eine Frechheit, was Sie sagen! Das müssen Sie rügen, Herr Präsident! Rügen!)

– Moment! Wissen Sie, was der Präsident rügen muss? Ich sage Ihnen, was er rügen muss: dass die älteste demokratische Partei Deutschlands mit nationalistischen Tendenzen gleichgesetzt wird.

(Alexander König (CSU): Das schützt vor Kühnert nicht, Ihre älteste demokratische Partei, Frau Kohnen!)

Ich sage Ihnen etwas zur Überschrift dieses Antrags. Wenn Sie da zustimmen, wird sozialistisch mit nationalistisch zusammengetan, und das am 8. Mai! Ich sage Ihnen eines: Das haben wir schon einmal erlebt, und das hat in die finstersten Zeiten unserer Geschichte geführt. Und das bringen Sie in einer Überschrift!

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Das ist die übelste Form des Populismus, und das führt in eine Richtung – das kann ich Ihnen sagen –, die brandgefährlich ist. Sie wecken Ressentiments. Das ist einer Partei unwürdig, die regiert, und das tun Sie. Benehmen Sie sich also verdammt noch einmal auch so!

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN – Zurufe von der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich sage Ihnen eines: Er hat von einer Partei gesprochen, und zwar von einer Partei, die für den demokratischen Sozialismus steht. – Ja, das tun wir, und das tun wir mit Recht. – Und ja, wir stehen für die soziale Marktwirtschaft; denn diese beruht auf Werten, auf Freiheit, auf Gerechtigkeit und auf Solidarität. Dafür stehen wir. Dieses Land wurde in wirtschaftlich schwierigen Zeiten immer auch von der Sozialdemokratie regiert, und zwar auch in führender Position. Wir haben dieses Land sicher gesteuert.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): (Beitrag nicht autorisiert) Dann distanzieren Sie sich von Herrn Kühnert!)

Ich sage Ihnen eines:

(Alexander König (CSU): Sagen Sie halt einmal etwas zu den Ausführungen von Herrn Kühnert! Das wäre viel interessanter!)

– Sie merken gar nichts mehr, oder?

(Alexander König (CSU): Ich merke, dass Sie nichts dazu sagen!)

Sie merken gar nichts mehr: dass sozialistisch mit nationalistisch gleichgesetzt wird, dass die Sozialdemokratische Partei, die als einzige Partei zu Beginn der finstersten Zeit 1933 gegen das Ermächtigungsgesetz gestimmt hat – –

(Alexander König (CSU): Das bezweifelt hier doch überhaupt niemand!)

Das waren wir und niemand anders.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Sie haben wohl Ihrem Regierungspartner nicht zugehört, was er von sich gegeben hat. Das, was er gemacht hat, ist ein Skandal!

(Alexander König (CSU): Darum geht es doch überhaupt nicht!)

Ich sage Ihnen eines: Sehen Sie sich das Wirtschaftsmodell der sozialen Marktwirtschaft an. Es orientiert sich an Maßstäben, die Solidarität und ein Zusammenleben bewirken. Die soziale Marktwirtschaft hat die Aufgabe, für Wohlstand und soziale Sicherheit zu sorgen und damit auch jedem Teilhabe zu ermöglichen. Was heißt das für jeden Einzelnen? – Dass jeder etwas davon hat. Im Moment fühlen viele Menschen anders und machen Erfahrungen, die anders sind. Ja, sie fühlen, dass die Ungleichheit zunimmt. Es ist offensichtlich, dass das Ziel der sozialen Marktwirtschaft unter den

Auswüchsen des Finanzkapitalismus unter Druck gerät. Ja, das ist so. Also müssen wir uns den Herausforderungen der Zukunft widmen.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): (Beitrag nicht autorisiert) Durch Enteignungen?)

– So ein Quatsch!

(Alexander König (CSU): Herr Pohl hat doch recht!)

– Ich sage Ihnen mal eines: Niemand in diesem Hohen Haus will BMW vergesellschaften oder irgendwelche Wohnbaugesellschaften enteignen.

(Alexander König (CSU): Distanzieren Sie sich von Herrn Kühnert, oder nicht?)

Das wissen Sie auch.

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Ich darf Sie insgesamt um etwas mehr Ruhe bitten.

Natascha Kohnen (SPD): (Beitrag nicht autorisiert) Fakt ist: Das will niemand in diesem Hohen Haus, die Sozialdemokratie ebenso wenig wie Sie. Ich sage Ihnen aber eines: Der Wirtschaftsminister in Ihren Reihen sollte sich einmal um diese Herausforderungen kümmern. Wie wollen Sie denn die ökologische und soziale Transformation hinbekommen? Das Einzige, was man von Ihnen hört, ist, dass Sie Stromtrassen nicht wollen. Jawohl, der Strom kommt aus der Steckdose.

Lassen Sie uns hier vernünftig sprechen, und lassen Sie Ihre Ressentiments und Ihren wirklich dreckigen Populismus in der Tasche! Schluss damit!

(Lebhafter Beifall bei der SPD und den GRÜNEN – Widerspruch bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Frau Abgeordnete Kohnen, bleiben Sie bitte am Rednerpult. – Frau Abgeordnete, jetzt haben Sie sich so in Rage geredet, dass

Sie mir nicht mehr zuhören. – Für eine Zwischenbemerkung erteile ich Herrn Abgeordneten Christian Klingen von der AfD-Fraktion das Wort.

Christian Klingen (AfD): Frau Kollegin Kohnen, ich möchte Sie einmal fragen, ob für Sie Stalin und Honecker keine Verbrecher sind. Eine zweite Frage: Sie haben uns immer Antisemitismus vorgeworfen. Warum lädt dann die SPD-nahe Friedrich-Ebert-Stiftung am 14. Mai einen Holocaust-Leugner ein, um ihn sprechen zu lassen? Der Herr heißt Saeed Khatibzadeh. Er leugnet den Holocaust und droht Israel in seinen Veröffentlichungen immer wieder unverhohlen mit Krieg. Ich frage Sie direkt: Was halten Sie davon? Finden Sie es gut, dass dieser Mann sprechen darf?

(Beifall bei der AfD)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Ich erteile der Frau Abgeordneten Kohnen das Wort. Bitte schön.

Natascha Kohnen (SPD): (Beitrag nicht autorisiert) Herr Pohl, das kommt dabei heraus.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN – Klatschen und Lachen bei der AfD)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Frau Abgeordnete Kohnen. Als Nächstem erteile ich Herrn Abgeordneten Josef Schmid für die CSU-Fraktion das Wort.

Josef Schmid (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Die CSU bekennt sich ganz klar zu einem gesunden Nationalgefühl. Dieses ist bayerisch, deutsch und europäisch. Franz Josef Strauß hat einmal gesagt: "Bayern ist unsere Heimat, Deutschland unser Vaterland, Europa unsere Zukunft". Die CSU bekennt sich zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung, nicht zu einer sozialistischen Grundordnung.

(Volkmar Halbleib (SPD): Deshalb habt ihr gegen das Grundgesetz gestimmt!)

– Herr Halbleib, Sie sind doch viel gescheiter, als es in dieser Aussage zum Ausdruck kommt. Sie wissen doch, warum die CSU damals gegen das Grundgesetz gestimmt hat. Das ist bestimmt nicht geschehen, weil sie nicht der freiheitlichen demokratischen Grundordnung zugestimmt hätte. Das Gegenteil ist der Fall. Wir haben dann lange Zeit erleben müssen, wie die SPD dem Begriff der sozialen Marktwirtschaft, zu dem sich die CSU ebenfalls klipp und klar bekennt, bis nach dem Godesberger Programm den Begriff eines Demokratischen Sozialismus entgegengestellt hat.

(Volkmar Halbleib (SPD): Lesen Sie mal das Ahlener Programm der CDU! Das sollten Sie einmal nachlesen!)

Das war das Gegenmodell der SPD nach dem Krieg, als die Debatten über die Wirtschaftsordnung und die Wirtschaftsverfassung geführt wurden. Wir stehen zur sozialen Marktwirtschaft nach Alfred Müller-Armack, Walter Eucken, Ludwig Erhard und anderen. Liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, zur sozialen Marktwirtschaft gehört das private Eigentum nach Artikel 14 des Grundgesetzes.

(Alexander König (CSU): Sehr gut! Genau!)

Dieses volkswirtschaftliche Marktmodell bringt Angebot und Nachfrage über den Marktpreismechanismus zusammen. Dazu gehört auch der soziale Ausgleich. Deshalb heißt das Modell "Soziale Marktwirtschaft". Dieser Ausgleich wurde in 70 Jahren Bundesrepublik Deutschland erfolgreich praktiziert.

(Beifall bei der CSU – Alexander König (CSU): Jawohl!)

Dieses Modell hat zu Erfolgen geführt. Seit über 200 Jahren haben wir weltweit Wachstum und bessere Lebensbedingungen. Dieses Modell hat zu dem Erfolg geführt, dass sich die extreme Armut stark reduziert hat. Auch die Kindersterblichkeit ist zurückgegangen. Mehr Kinder denn je haben Zugang zu hervorragenden Bildungschancen. Auch die Gesundheitsversorgung ist besser als je zuvor. Die CSU steht also

zur sozialen Marktwirtschaft und zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung, da können sich die Wählerinnen und Wähler sicher sein.

Bei der SPD – auch wenn ich diese hitzige Debatte nicht fortsetzen will – müssen wir uns langsam fragen. Wir hatten erst vor vier Wochen eine Diskussion über einen Vorschlag, den zum Beispiel die Jusos in München unterstützt haben. Damals standen Artikel 15 des Grundgesetzes und die Vergemeinschaftung von Wohnungsunternehmen in Berlin zur Debatte. Und jetzt kommt Ihr Juso-Bundesvorsitzender, meine Damen und Herren von der SPD. Das ist der Vorsitzende Ihrer Jugendorganisation.

(Alexander König (CSU): Die Zukunft der SPD!)

Sie können das nicht einfach wegleugnen und so tun, als gehörte er nicht zu Ihnen. Wenn ich das richtig weiß, war die Vorsitzende der SPD ebenfalls einmal Vorsitzende der Jusos. Man sieht also, was aus den Leuten wird.

(Volkmar Halbleib (SPD): Gerhard Schröder war auch einmal Juso-Vorsitzender!)

Nach all dem, was heute bereits zitiert wurde, möchte ich Herrn Kühnert nur einmal zitieren. Er sagte, man müsste zum Beispiel BMW verstaatlichen. Meine Damen und Herren, BMW steht für 135.000 Arbeitsplätze. BMW steht für höchste Mitarbeiterprämien. Im Jahr 2017 erhielt jeder Mitarbeiter 9.455 Euro Prämie. Ich wüsste nicht, dass in staatlichen Unternehmen oder in der Staatsverwaltung jemals solche Prämien gezahlt worden wären. BMW steht für fortschrittliche Arbeitszeitmodelle und Arbeitsbedingungen. Das alles hat ein Mitglied Ihrer Partei gesagt, nämlich Manfred Schoch, der Vorsitzende des Gesamtbetriebsrats von BMW. Zitat: Für Arbeiter ist die SPD nicht mehr wählbar.

(Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN und der AfD)

Meine Damen und Herren, ist dies Kühnert allein? – Nein. Die Reaktionen von führenden SPD-Mitgliedern waren beschwichtigend. Olaf Scholz hat sinngemäß gesagt: Gott sei Dank bin ich nicht mehr im Juso-Alter. Er hätte sich auch klarer distanzieren kön-

nen. Das SPD-Mitglied Reiner Hoffmann, Vorsitzender des DGB Deutschland, nannte die Aussage Kühnerts einen wichtigen Diskussionsbeitrag und sagte, wir erlebten gerade, dass der Kapitalismus aus den Fugen gerate.

Entschuldigen Sie, solche Aussagen kamen von weiteren führenden Mitgliedern der SPD, von Menschen, die in diesem Lande, in der Bundesrepublik, etwas zu sagen haben. Deshalb habe ich kein Vertrauen mehr in die SPD, dass sie nicht vergemeinschaften, sozialisieren und eine Wirtschaftsordnung einführen will, die den Wohlstand in diesem Lande abschafft.

(Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN und der FDP – Alexander König (CSU): Die Bürger auch nicht!)

Ein Letztes: Da Ihr Dringlichkeitsantrag nachgereicht wurde, konnte ich ihn erst vorher durchlesen. Darin steht unter Punkt 1 der Satz: "Der Landtag bekennt sich zum Ordnungsmodell der Sozialen Marktwirtschaft." Dann folgen jedoch ellenlange Ausführungen darüber, was alles nicht in Ordnung sei. Dann gehen Sie auf neuere Erscheinungen wie die Digitalisierung ein. Klar, damit müssen wir uns auch auseinandersetzen. Aber die Frage, ob Sie tatsächlich zur sozialen Marktwirtschaft stehen und gegen die Enteignung von Wohnungsunternehmen sind, haben Sie in diesem Dringlichkeitsantrag nicht beantwortet. Sie reden eigentlich am Kern der Frage vorbei. Deshalb ist das Vertrauen in die SPD nicht mehr gerechtfertigt. Das Vertrauen in die CSU ist es hingegen schon. Wir stehen zur sozialen Marktwirtschaft und zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Kollege Schmid, bleiben Sie bitte am Rednerpult. – Für eine Zwischenbemerkung erteile ich Herrn Kollegen Florian von Brunn für die SPD-Fraktion das Wort.

Florian von Brunn (SPD): Herr Kollege Schmid, Sie haben gerade geredet, als wäre hier nichts vorgefallen. Ihr Vorredner von den FREIEN WÄHLERN, Herr Pohl, hat gerade eben die AfD, die auf einer Veranstaltung die erste Strophe des Deutschlandliedes abgesungen hat, in eine Reihe mit Stalin und den Vorsitzenden der Jusos gestellt. Ich halte das am 8. Mai für einen unglaublichen Vorgang und erwarte, dass Sie sich davon distanzieren und sich überlegen, ob Sie unter diesen Umständen diesen Dringlichkeitsantrag nicht zurückziehen wollen; denn das ist ein unglaublicher und beschämender Vorgang im Bayerischen Landtag.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Josef Schmid (CSU): Herr Kollege von Brunn, ich habe für die CSU-Fraktion gesprochen.

(Zurufe der Abgeordneten Florian von Brunn (SPD) und Volkmar Halbleib (SPD))

Ich habe auch kurz etwas zu dem gesagt, was in dem Antrag ganz anders formuliert ist, nämlich zum gesunden Nationalgefühl. Damit lassen wir es bewenden.

(Volkmar Halbleib (SPD): Das spricht auch Bände! – Zuruf: Wozu die Frau Kollegin überhaupt nichts gesagt hat! – Florian Ritter (SPD): Distanzieren Sie sich!)

Der Kern war die Forderung von Kühnert, dass man BMW verstaatliche. Das war der Anlass der Debatte. Also überlegen Sie, ob Sie weiter solche Anlässe geben.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Abgeordneter Schmid. – Dann gebe ich hiermit bekannt, dass hinsichtlich – –

(Unruhe – Volkmar Halbleib (SPD): Das ist die Haltung der CSU: So eine Verbindung zu akzeptieren nach so einem Redebeitrag!)

Herr Halbleib, ich bitte jetzt um etwas Ruhe. Bitte beruhigen Sie sich!

(Natascha Kohnen (SPD): (Beitrag nicht autorisiert) Wir hätten über das diskutieren können, aber das! – Weiterer Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Jetzt muss ich Sie aber zur Ruhe ermahnen, weil ich hier etwas zum Fortgang der Sitzung sagen will. Das hat nichts mehr mit Ihren Zwischenrufen zu tun.

Ich gebe bekannt, dass die Fraktion der FREIEN WÄHLER hinsichtlich ihres Dringlichkeitsantrags auf Drucksache 18/1849 namentliche Abstimmung beantragt hat. Jetzt ist es 18:59 Uhr. Selbst wenn man, was die weiteren Redebeiträge betrifft, an Wunder glaubt, ist allen klar, dass wir vor 19:00 Uhr nicht mehr zur Abstimmung kommen werden. Das heißt, wir werden die Aussprache zu Ende führen. Heute wird die Abstimmung nicht mehr stattfinden, sondern sie wird im nächsten Plenum ohne weitere Aussprache durchgeführt werden. Soweit vorab.

Dann erteile ich als Nächstem dem Abgeordneten Mistol für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

Jürgen Mistol (GRÜNE): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! So eine unglaubliche Entgleisung, Herr Kollege Pohl,

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): (Beitrag nicht autorisiert) Ja!)

eines Kollegen aus der Regierungsfraktion unter Beifall der AfD hätte ich mir bis vor Kurzem nicht vorstellen können. Ganz ehrlich, Herr Kollege Pohl!

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Sie sind ja nicht bekannt für Differenziertheit, aber Sie schaffen es immer noch, sich selbst zu unterbieten.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD – Heiterkeit bei der Abgeordneten Katharina Schulze)

Es ist wirklich traurig: Alles in einen Topf geworfen! Sozialismus, Kommunismus, Nationalismus, dann einmal und noch dazu relativ halbscharig umgerührt, und fertig ist der undifferenzierte Einheitsbrei in Form dieses Dringlichkeitsantrags und Ihrer Rede. Ich fordere Sie auf, dass Sie sich hier an dieser Stelle für diese unglaubliche Entgleisung entschuldigen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD – Zuruf: Sehr gut!)

Den Antrag zurückzuziehen, wäre anständig.

(Volkmar Halbleib (SPD): Falscher Antrag! Falsche Rede!)

Ich bin gespannt, ob Sie diesen Anstand noch aufbringen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Der Antrag ist ja nicht nur vom Kollegen Pohl, sondern es ist ein Antrag der Fraktion der FREIEN WÄHLER. Ich frage die Kolleginnen und Kollegen der FREIEN WÄHLER: Ist das der neue Stil? Ist das ernsthaft das Niveau, auf dem ihr in Zukunft Politik machen wollt?

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): (Beitrag nicht autorisiert) Auf dem linken Auge blind!)

Das frage ich mich.

Wenn man Ihren Antrag anschaut, sieht man: Er ist schon in der Überschrift bemerkenswert. Da steht ein NEIN, bei dem jeder Buchstabe großgeschrieben ist. Das ist übrigens auch beim nächsten Antrag von der AfD, der jetzt nicht mehr drankommt, so. Dort sind auch alle vier Buchstaben des NEIN großgeschrieben, als wollte man schriftlich und in Papierform schreien, wie wichtig diese Aussage ist. Wer am lautesten schreit, mag sich der Verfasser dieses Antrags gedacht haben, ist wohl der, der recht hat. Dass derjenige, der am lautesten schreit, recht hat – dieser Spruch stimmt schon im Bierzelt nicht und hier im Parlament gleich gar nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, von einer Regierungsfraktion erwarte ich praktische Lösungsvorschläge für die Probleme, die den Menschen auf den Nägeln brennen. Ich sage Ihnen da als GRÜNER: Da hilft uns weder Sozialismus noch Kommunismus noch Nationalismus. Ein "Ismus", den wir aber hier schon gleich gar nicht brauchen, lieber Kollege Pohl, ist dumpfer Populismus, wie Sie ihn in Ihrem Antrag zur Schau gestellt haben.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Abgeordneter Mistol, bleiben Sie bitte am Pult. – Für eine Zwischenbemerkung erteile ich dem Abgeordneten Andreas Winhart für die AfD-Fraktion das Wort.

Andreas Winhart (AfD): Werter Kollege Mistol, Sie haben jetzt gerade den Kollegen Pohl aufgefordert, sich von unserem Applaus zu distanzieren. Ich habe jetzt eine Frage: Ist Ihnen eigentlich aufgefallen, dass die AfD-Fraktion den einen oder anderen Antrag der GRÜNEN hier im Plenum bzw. in den Ausschüssen schon mitgetragen hat? Dies trifft auch auf die SPD zu. Ich wollte Sie fragen, ob Sie sich davon vielleicht auch einmal distanzieren wollen. Ist Ihnen das nicht peinlich, oder wie schaut es denn da aus?

(Heiterkeit und Beifall bei der AfD)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Mistol, Sie haben das Wort.

Jürgen Mistol (GRÜNE): Herr Winhart, Sie hätten vielleicht ein bisschen aufpassen sollen. Ich habe dem Kollegen Pohl nicht gesagt, er solle sich von Ihrem Applaus distanzieren, sondern ich habe ihn dazu aufgefordert, dass er sich hier an dieser Stelle entschuldigen soll. Ich sage das hiermit noch einmal.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Abgeordneter Mistol. – Als Nächster hat der Abgeordnete Martin Böhm für die AfD-Fraktion das Wort.

(Beifall bei der AfD)

Martin Böhm (AfD): Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Vergenossenschaftlichung ist im Sprech der Jusos nur die etwas sympathischere Variante der Verstaatlichung. Beide Bezeichnungen stehen für Kollektivismus übelster Art.

(Beifall bei der AfD)

Darüber nachzudenken waren bisher nur Sozialisten des äußersten linken und des äußersten rechten Randes überhaupt bereit. Christliche, freiheitliche und patriotische Demokraten

(Volkmar Halbleib (SPD): Viel Spaß mit dieser Freundschaft! Sehr gut!)

respektieren unser gemeinsames Selbstverständnis der Freiheitsrechte individueller Bürger. Unser Grundgesetz dient auch und besonders dem Schutz unseres individuellen Rechtes auf Selbstbestimmung und Freiheit gegenüber dem Staat.

Der üble Tabubruch des Sozialismus war und ist es, die Freiheitsrechte der Bürger als Verhandlungsmasse zu betrachten und damit sukzessive zu zerstören. Bekennende Vordenker der Beschneidung unserer Verfügungsrechte heißen heute nicht mehr Marx und Engels, sondern Kühnert und Habeck.

(Beifall bei der AfD)

Deren Dreistigkeit lässt sie glauben, ihre eigene Werthaltung sei so überlegen, dass man sie getrost auch anderen aufzwingen könne.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sozialismus schützt keine Freiheitsrechte, er zerstört sie. Islamismus schützt keine Frauenrechte, er unterdrückt sie. Totalitarismus schützt keinen Rechtsstaat, sondern wirkt in alle sozialen Schichten hinein, um das Individu-

um auszuhöhlen und einen dem System konformen Menschen zu erziehen. Keines dieser drei Schicksale hat unser bayerischer Freistaat verdient.

(Beifall bei der AfD)

Wir als die der freiheitlichen demokratischen Grundordnung verpflichteten Abgeordneten der AfD widersetzen uns allen Bestrebungen zur Enteignung von Privatbesitz und zur Kollektivierung von Kapitalgesellschaften. Wir fordern Schutz unserer bereits fragilen Sozialsysteme vor sogenannten Flüchtlingen, die, staatlich alimentiert, die Situation auf dem Wohnungsmarkt entscheidend verschärfen. Wir fordern Schutz unserer Automobilindustrie vor unqualifiziertem Diesel-Bashing und vor abstrusen Elektromobilitätsfantasien. Wir fordern den Ausstieg aus der Energiewende ohne technische Tabus, aber dafür mit dem Ziel wettbewerbsfähiger Strompreise für Wirtschaft und Verbraucher. Denn auch diese drei Verhaltensformen sind letztendlich eine Enteignung der Bürger durch den Staat.

(Beifall bei der AfD – Zurufe von der AfD: Bravo!)

Solche und ähnliche Forderungen empfehlen wir zu bedenken. Denn sie begründen und präzisieren unseren freiheitlichen Rechtsstaat und sind geeignet, die Bürger vor Irrwegen jedweder Art zu bewahren. Unseren beiden zitierten und im verklärten DDR-Romantizismus gefangenen sozialistischen Knaben hingegen empfehlen wir, bei der SPD-eigenen Medienkrake dd.vg das geplante Exempel der Enteignung zu statuieren. So bleiben dann die freiheitlich denkenden Menschen zumindest von den dort verbreiteten kryptokommunistischen Inhalten verschont.

(Florian von Brunn (SPD): Reden wir mal über Kryptofaschismus!)

– Lieber über Kryptokommunismus, denn den sehe ich auch hier!

(Beifall bei der AfD)

Den Antrag der FREIEN WÄHLER lehnen wir ab, obwohl wir wissen, dass in deren Reihen genug Abgeordnete sind, die die zum Teil etwas abstrusen Äußerungen des Kollegen Pohl nicht teilen. Den Antrag der SPD lehnen wir nicht zuletzt deswegen ab, weil diese Partei sich mit einer sozialistisch geprägten Stadtverwaltung hier in München solidarisiert, die versucht, unsere AfD in ihren Freiheitsrechten zu beschneiden.

(Beifall bei der AfD)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Abgeordneter Böhm. – Als Nächster hat der Abgeordnete Sebastian Körber für die FDP-Fraktion das Wort.

Sebastian Körber (FDP): "Nennt man das Kind beim Namen und nennt es 'Verstaatlichung', so wird aller Sozialismus unromantisch und nüchterner." – Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Dieses Zitat stammt von unserem ersten Bundespräsidenten Theodor Heuss.

(Volkmar Halbleib (SPD): Der dem Ermächtigungsgesetz zugestimmt hat!)

Die Idee einer Verstaatlichung ist somit nichts Neues. Die Beispiele des Scheiterns sind hinreichend bekannt. Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte aber etwas zu dem sagen, was Sie, Herr Kollege Pohl, gerade ausgeführt haben. Ich habe das – ich glaube, ähnlich wie der Kollege Schmid, der sich mehr auf den Antragstext bezogen hat – durchgelesen, was in Ihrem Antrag steht. Darauf habe ich jetzt eigentlich auch abgestellt. Aber das, was Sie hier gerade vorgetragen haben, wobei Sie versucht haben, alles in einen Topf zu werfen, Herr Kollege Pohl, ist völlig inakzeptabel.

(Beifall bei der FDP, den GRÜNEN und der SPD)

Ich gehe mal zugunsten der Fraktion der FREIEN WÄHLER, da ich einzelne Personen von Ihnen kenne, davon aus, dass das nicht die Mehrheitsmeinung Ihrer Fraktion darstellt. Deshalb beziehe ich mich jetzt wieder auf den Antragstext und komme wieder ein bisschen mehr zur Versachlichung, also Versachlichung im Sinne dieses Antrags.

Die Sozialismusdebatte ist ja nicht abgeflacht, meine sehr verehrten Damen und Herren. Es wurde sogar gefordert, große Konzerne zu vergesellschaften und Wohneigentum zu beschränken. Diese Forderung ist nicht nur töricht, sondern sie negiert auch unsere freiheitliche demokratische Grundordnung. Wir Freien Demokraten bekennen uns klar zur sozialen Marktwirtschaft. Daher ist es wenig verwunderlich, dass die Bundstagsfraktion der Freien Demokraten unlängst gefordert hat, die soziale Marktwirtschaft als ordnungspolitisches Leitbild im Grundgesetz zu verankern.

Vielleicht kurz zu dem Nachzieher der SPD: Den müssen wir an dieser Stelle leider ablehnen, weil Sie in Punkt eins und zwei ein bisschen merkwürdig definieren, was Sie unter sozialer Marktwirtschaft verstehen.

(Florian von Brunn (SPD): Sozialdemokratisch! – Volkmar Halbleib (SPD): Wenn Sie zustimmen würden, hätten wir ein Problem mit dem Antrag!)

Sie interpretieren das. Da können wir leider nicht mitgehen.

(Florian von Brunn (SPD): Frag die Neoliberalen!)

– Meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie können so oft "neoliberal" rufen, wie Sie wollen. – Um deren Einhaltung zu schützen, haben wir als Fraktion der Freien Demokraten im Bayerischen Landtag bereits dafür plädiert, den Vergesellschaftungsartikel 15 im Grundgesetz zu streichen. Leider hat das gerade mehr Aktualität denn je. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir unterstützen den Antrag dennoch wie gesagt – ich betone ausdrücklich – aus inhaltlichen Erwägungen, nicht aufgrund Ihrer Ausführungen, Herr Kollege Pohl. Das möchte ich noch einmal unterstreichen, weil das wirklich inakzeptabel war.

(Volkmar Halbleib (SPD): Das hängt aber beides zusammen! Das ist absurd!)

Ich möchte Ihnen kurz ein paar Gründe anführen: Erstens. Der Staat ist der schlechtere Unternehmer. Das sieht man schon, wenn man hier in Bayern umherschaut. Wir haben eigentlich ein Baurecht für die dritte Startbahn am Münchner Flughafen. Das

Baurecht besteht. Die Notwendigkeit ist mit Zahlen und Statistiken belegt. Die dritte Startbahn wird nicht gebaut.

Zweitens. Es gehört zum Wohlstand unserer Volkswirtschaft, an einem großen Wettbewerb teilzunehmen.

(Zuruf von der SPD:)

Das ist Ihre Meinung, wenn Sie dazu nichts sagen wollen.

(Volkmar Halbleib (SPD): Der Beifall aus Ihrer Fraktion bleibt auch aus! Nur als Hinweis!)

Drittens. Die Aufgabe des Staates ist es lediglich, Rahmenbedingungen zu setzen. Das unterscheidet meine Sichtweise auf Wirtschaftspolitik von Ihrer, Herr Kollege Halbleib.

(Beifall bei der FDP – Volkmar Halbleib (SPD): Gott sei Dank!)

Viertens. Sie können mal nach Kuba oder Venezuela schauen, und auch die ehemalige DDR sollte es gezeigt haben: Es ist ein bisschen naiv, solche Gedankengänge durchzusetzen.

(Volkmar Halbleib (SPD): Schauen Sie sich einmal die Hardcoreliberalen an!)

– Da hören Sie mal auf Ihren Juso-Vorsitzenden.

Fünftens. Es steht jeder Person – das können Sie mal dem Kollegen Kevin Kühnert mitteilen – in diesem Land frei, zum Beispiel Aktien zu erwerben, beispielsweise an großen bayerischen Automobilherstellern. Dann hat man auch Teile eines großen Unternehmens erworben. Vielleicht teilen Sie das Ihrem Wirtschaftsexperten mal mit!

Sechster und letzter Punkt im Hinblick auf das Volksbegehren "Deutsche Wohnen & Co enteignen", was im Text ein bisschen dringestanden hat. Da ist eine Verstaatlichung natürlich völlig absurd und ein bisschen hirnrissig. Das kann sich das Land Ber-

lin nicht mehr leisten. Die Haushaltsmittel sind gar nicht da. Sie wollen neuen Wohnraum schaffen. Dadurch werden halt leider überhaupt keine Wohnungen gebaut. Dennoch werden wir dem Antrag der FREIEN WÄHLER zustimmen.

(Beifall bei der FDP – Volkmar Halbleib (SPD): Dass ihr für Gewinnmaximierung auf den Wohnungsmarkt eintretet, ist klar!)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Abgeordneter Körber. – Dann haben wir noch eine Wortmeldung des Abgeordneten Raimund Swoboda. Herr Swoboda, Sie haben das Wort.

Raimund Swoboda (fraktionslos): Sehr geehrtes Präsidium, meine sehr verehrten Damen und Herren Politiker! Diese Distanzierungsdebatte halte ich für völlig überflüssig und wenig hilfreich.

(Lachen bei Abgeordneten der GRÜNEN und der SPD)

– Da können Sie jetzt lachen oder nicht; denn Sie haben ja gesehen, welches Ergebnis sie bisher erbracht hat. Da hat die Frau Kohlen dem Herrn Pohl mit Recht ein bisschen den Kopf gewaschen, weil er das "und" offensichtlich völlig übersehen hat, das in dem ersten Antragstext drinsteht. Ich sage Ihnen heute hier mit Fug und Recht: Die Definition dieser Begriffe muss erst einmal klar sein; denn wir verstehen vielleicht alle, was "Irrweg" ist. Aber wer definiert die Begriffe und in welcher Weise? – Da gibt es in unserem Rechtsstaat eindeutig eine zugewiesene Instanz. Das ist das Bundesverfassungsgericht. Solange das Bundesverfassungsgericht gesprochen hat, sind wir wahrscheinlich alle auf der gleichen Ebene. Der Herr Pohl hat heute wirklich über Nationalsozialismus gesprochen. Ich glaube, da stimmen auch alle zu. Er wurde hier auch von den meisten der Redner nicht deswegen gebasht, sondern weil er das im Zusammenhang mit Kevin Kühnert gebracht hat, also mit SPD und Sozialismus und mit Nationalismus. Das haben halt manche falsch verstanden. Aber ein wenig verdient haben Sie es vielleicht schon, Herr Pohl.

(Katharina Schulze (GRÜNE): Er hat es genau so gesagt! Was heißt denn da "falsch verstanden"?)

– Na gut, wenn Sie jetzt die Verteidigerin vom Herrn Pohl sind, Frau Schulze, können Sie ja das nächste Mal dazu reden.

(Natascha Kohnen (SPD): (Beitrag nicht autorisiert) Nein, das Gegenteil!)

Ich möchte zum Schluss noch sagen, dass diese Enteignung sowohl nach dem Grundgesetz als auch nach der Bayerischen Verfassung durchaus ein zulässiges Instrument des Staates ist, wenn sie dem Volkswohl, also dem Allgemeinwohl, dient. Da hat ein Kevin Kühnert vielleicht eine falsche Meinung verbreitet. Aber selbst die ist von der Meinungsfreiheit des Grundgesetzes geschützt. Mit dieser Maßgabe darf ich mich von dem Rednerpult und von dem heutigen Tag verabschieden und wünsche Ihnen allen einen guten Nachhauseweg.

(Heiterkeit)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Abgeordneter Swoboda. Das Ende der Sitzung haben aber letzten Endes nicht Sie zu bestimmen,

(Allgemeine Heiterkeit)

zumal wir als Nächstes noch die Wortmeldung des Staatssekretärs Roland Weigert haben, der für die Staatsregierung spricht.

Staatssekretär Roland Weigert (Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Bundeskanzler Kurz aus Österreich – bei mir ist es über das Handy gelaufen – hat vor einer halben oder einer Dreiviertelstunde angesichts der Enteignungsdebatte, die bei uns im Land geführt wird, – ich zitiere – deutsche Investoren zu einem Engagement in der Alpenrepublik eingeladen. – So viel, meine Damen und Herren, zur Wirkung dieser Enteignungsdiskussion.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Zur Sache, meine Damen und Herren. Ich glaube, wir sollten die Diskussion etwas gefasster und weniger emotional führen. Dass wir heute in der Lage sind, meine Damen und Herren, in diesem Staat beachtliche Transferleistungen in hohem Umfang zu leisten, ist unserem Wirtschaftssystem geschuldet. Dieses Wirtschaftssystem nennt sich "Soziale Marktwirtschaft" und – es ist heute schon angedeutet worden – geht auf Eucken, Müller-Armack und Erhard zurück.

Diese soziale Marktwirtschaft, meine Damen und Herren, ist nach meinem Empfinden der wirklich äußerst erfolgreiche Versuch, die Vorteile der freien Marktwirtschaft – am Ende ist soziale Marktwirtschaft immer Marktwirtschaft –, wie etwa die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, zu ermöglichen und zugleich die Nachteile eines zerstörerischen Wettbewerbs, wie zum Beispiel Machtanballung in einem marktlichen System oder unsoziale Auswirkungen von Marktprozessen, zu vermeiden. Das ist erfolgreich, wie wir feststellen, wenn wir alle, die wir hier sitzen, unseren Wohlstand anschauen und wenn wir das bei aller sozialen Absicherung sehen. Wer würde bestreiten, dass dieser Versuch der sozialen Marktwirtschaft erfolgreich war und ist?

Meine feste Überzeugung ist: Wer soziale Marktwirtschaft von der Seite des Sozialen her denkt – das war in der heutigen Diskussion fast ausschließlich der Fall –, der denkt eindimensional, und er denkt am Ende das System auch von der falschen Seite her.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Die Grundlage unseres Wohlstands, meine Damen und Herren, ist die ökonomische Leistungsfähigkeit, und diese steht in einer sozialen Marktwirtschaft ganz zuvorderst. Diese ökonomische Leistungsfähigkeit fußt zuvorderst auf individueller Freiheit, sie fußt auf wirtschaftlicher Betätigung, und sie fußt insbesondere auch auf gesicherten Eigentumsrechten. In diesem Klima, meine Damen und Herren, von individueller Freiheit, von freier wirtschaftlicher Betätigung, von Eigentumsrechten gedeihen wesentli-

che Erfolgsgrößen unseres Wohlstands am besten: Das ist Unternehmertum, das ist Kreativität und vieles mehr.

Meine Damen und Herren, undifferenzierte Verstaatlichungs- und Vergemeinschaftungsforderungen, wie sie aktuell vorgetragen werden, missachten nach meinem Dafürhalten das Prinzip der sozialen Marktwirtschaft nicht nur; sie gefährden auch die Grundlage unseres Wohlstands. Sie gefährden damit die Fähigkeit zur Verwirklichung einer sozialen Marktwirtschaft. Sie gefährden am Ende auch die gesellschaftliche Stabilität. Das sehen wir ja bereits an den Angeboten von Investoren aus dem Ausland, die wir erhalten. Wir als Staatsregierung stehen klar zu den Eigentumsrechten und zum Schutz des Eigentums.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Wir stehen auch zum Unternehmertum. Der Kollege der FDP hat das vorhin auch genannt. Unternehmer übernehmen Verantwortung für ihre Betriebe. Sie übernehmen Verantwortung für ihre Belegschaft. Sie übernehmen am Ende auch und insbesondere Verantwortung für unsere bayerische Heimat. Ihr Engagement beinhaltet auch ein überdurchschnittliches Maß an Risikobereitschaft und hoher Leistungsbereitschaft. Der Lohn dafür, meine Damen und Herren, besteht darin, dass er oder sie – ich meine auch die Unternehmerinnen – die Früchte des Erfolges ernten dürfen. Übrigens bezahlen sie dafür auch Steuern, die wir zur Erfüllung unserer öffentlichen Aufgaben dringend benötigen.

Was erkennen wir? – Privateigentum und Unternehmertum ermöglichen Leistungsfähigkeit und schaffen die Grundlage für soziale Transfers. Vergemeinschaftung, meine Damen und Herren – das ist meine feste Überzeugung –, ist keine Grundlage für eine erfolgreiche Sozialpolitik. Der Staat ist eben nicht der bessere Unternehmer. Die Vielzahl der Einzelentscheidungen kann der Staat gar nicht treffen. Sie sind im dezentralen Bereich am besten aufgehoben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der FDP sowie Abgeordneten der CSU)

Die aktuelle Diskussion betrachte ich deswegen sehr kritisch. Sie verunsichert die Menschen. Sie sendet falsche Signale. Sie verunsichert die Wirtschaft. Sie suggeriert Scheinlösungen. Und sie öffnet das Tor zu einem Weg, auf dem man all das riskiert, was wir heute in dieser Gesellschaft an Wohlstand haben und was wir idealerweise der nächsten Gesellschaft weitergeben.

Nachhaltige Politik setzt an den Ursachen an, meine Damen und Herren. Wenn wir heute hohe Mieten beklagen, dann bedarf es einer Angebotserhöhung. Unser staatliches Neubauprogramm setzt genau hier an. Nachhaltige Politik investiert in die Gesellschaft, wie zum Beispiel in Bildung und in Forschung. Und nachhaltige Politik zielt darauf ab, die Wertschöpfungsbasis dieses Staates zu erhalten und auszubauen. Das ist unsere Verantwortung. Damit ermöglichen wir Sozialpolitik. Damit schaffen wir Zukunft. Und das, meine Damen und Herren, ist unser aller Auftrag.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU sowie Abgeordneten der FDP)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Staatssekretär.

(Wortmeldung des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

– Haben Sie eine Zwischenbemerkung? – Nein?

(Volkmar Halbleib (SPD): Ich melde mich für die SPD-Fraktion noch mal zu Wort!)

– Gut, dann erteile ich für die SPD-Fraktion dem Herrn Abgeordneten Halbleib das Wort.

Volkmar Halbleib (SPD): Ich kann es sehr kurz machen. Wir haben zwei Probleme.

Das Hauptproblem ist der Antrag der FREIEN WÄHLER, der zwei Sachverhalte so zusammenbringt, dass es unsäglich wird. Man kann sich mit einer demokratischen Partei, der ältesten in Deutschland, und den Thesen des Vorsitzenden ihrer Jugendorganisation auseinandersetzen. Man kann sie kritisieren, man kann sie verbal attackieren, wie auch immer. Das kann man machen. Aber sich in einem Antrag mit der Sozialde-

mokratischen Partei Deutschlands und den Thesen des Vorsitzenden ihrer Jugendorganisation zu befassen und im gleichen Antrag das Absingen der ersten Strophe des Deutschlandliedes mit einem ganz klar rechten Hintergrund in eins zu bringen, was in diesem Antrag passiert ist, das ist unsäglich, das darf nicht passieren. Wir sind kritikfähig. Wir können uns auch gern darüber auseinandersetzen. Aber Sie bringen beide Sachverhalte so zusammen, dass man sich beim Lesen des Antrags assoziativ denken kann: Was ist denn der Zusammenhang zwischen "national" und "sozialistisch"? Das ist in Ihrem Antrag konnotiert. Das ist der erste Punkt. Das ist nicht im Redebeitrag des Kollegen Pohl konnotiert, sondern im Antrag selbst.

Deswegen lautet der klare Appell an die FREIEN WÄHLER: Wenn Ihnen noch etwas an einem gewissen Grundrespekt auch vor der ältesten demokratischen Partei Deutschlands gelegen ist,

(Lachen bei der AfD)

mit der man sich kritisch auseinandersetzen kann – das wissen wir selbst, weil wir uns auch mit uns selbst kritisch auseinandersetzen – – Aber diesen Zusammenhang herzustellen, ist inakzeptabel, und das wissen Sie eigentlich auch mittlerweile. Das liegt am Antrag. Nehmen Sie ihn bitte zurück!

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Das Zweite. Herr Pohl, Sie haben das, was im Antrag steht, in Ihrer besonderen Art und Weise interpretiert. Ich glaube, da ist die persönliche Erklärung auch angemessen. Aber sie reicht nicht aus. Wir fordern Sie auf, sich persönlich zu entschuldigen, sich von Ihrem Beitrag zu distanzieren und auch deutlich zu machen, dass Sie als FREIE WÄHLER diesen Antrag zurückziehen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Abgeordneter Halbleib. – Herr Abgeordneter Böhm, eine Zwischenbemerkung ist leider nicht mehr zulässig,

nachdem Ihre Fraktion ihre drei pro Dringlichkeitsantrag zulässigen Zwischenbemerkungen bereits vorgetragen hat.

Weitere Wortmeldungen zur Beratung liegen mir nicht vor. Dann kommen wir zum Schluss der Beratung. Ich erteile dem Abgeordneten Bernhard Pohl für eine persönliche Erklärung zur Aussprache das Wort. Die Redezeit beträgt höchstens fünf Minuten, Herr Abgeordneter.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): (Beitrag nicht autorisiert) Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Debatten werden leidenschaftlich geführt. Es gibt Zwischenrufe, die der Situation geschuldet sind. Aber es gibt auch Dinge, die nachhallen. Ich bin zunächst einmal dankbar, Kollege Halbleib, dass Sie jetzt zu einer gewissen Versachlichung beigetragen haben.

Ich sage es ganz deutlich: Der Antrag beinhaltete ursprünglich nur das Thema Kühnert. Dann kam das Thema AfD. Wir haben diese beiden Sachverhalte in einen Antrag gepackt. Es sind zwei voneinander getrennte Sachverhalte, um es deutlich zu sagen. Genau dazu habe ich auch geredet. Es sind zwar zwei getrennte Sachverhalte, die aber beide in einem Antrag zusammengefasst sind und deswegen bei einer Antragsberatung behandelt werden müssen.

Um es ganz deutlich in Richtung der SPD zu sagen: Ich habe mich in meinem Wortbeitrag sehr kritisch, und ich denke auch zu Recht kritisch, mit dem Juso-Vorsitzenden Kühnert auseinandergesetzt.

(Volkmar Halbleib (SPD): Völlig in Ordnung!)

Ich habe aber mit keinem Wort die SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag kritisiert.

(Volkmar Halbleib (SPD): Darum geht es aber auch nicht!)

Das war überhaupt nicht meine Absicht. Und das ist auch überhaupt nicht Ziel dieses Antrags und war nicht Ziel dieser Rede. Im Gegenteil: Wir wollten mit diesem Antrag

der SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag auch die Gelegenheit geben, Ihre Position hier im Parlament darzustellen.

(Zurufe von der SPD: Oh!)

– Da können Sie jetzt buhen. Ich bin jetzt über zehn Jahre hier in diesem Hohen Haus, und es gab in über zehn Jahren keine einzige Situation, die es gerechtfertigt hätte, Sie mit der AfD oder einer anderen Gruppierung des rechten oder linken extremistischen Spektrums in einen Topf zu werfen. Das habe ich nie getan, und das werde ich auch nicht tun.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Zurufe der Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD) und Natascha Kohnen (SPD))

Es ist bedauerlich, dass Sie das als Verquickung verstanden haben und dass Sie es so verstanden haben, dass die SPD hier mit der AfD in einen Topf geworfen wird.

(Volkmar Halbleib (SPD): Lesen Sie Ihren Antrag!)

Das war nie Gegenstand dieses Antrags. Das war nie beabsichtigt. Ich denke, diese Erklärung ist klar und eindeutig. Dass zwei Sachverhalte in einem Antrag zusammengefasst sind, ist nichts Unübliches. Das passiert öfters.

(Volkmar Halbleib (SPD): Das ist keine Distanzierung!)

Um es noch mal deutlich zu sagen: Es sind zwei voneinander getrennte Vorgänge.

(Volkmar Halbleib (SPD): Sie machen es noch schlimmer!)

Es war weder meine Absicht noch ist es der Inhalt meines Redebeitrags – Sie können ihn gerne noch einmal anhören, ich werde es auch tun –, Sie mit rechtsextremem Gedankengut in Verbindung zu bringen.

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Vielen Dank Herr Abgeordneter Pohl. – Gibt es Wortmeldungen zur Gegenrede? – Ich sehe, das ist nicht der Fall. Damit ist die

Aussprache geschlossen. Die Abstimmung zu diesem Dringlichkeitsantrag wird beim nächsten Plenum ohne weitere Aussprache erfolgen.

Die weiteren Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 18/1850 mit 18/1859 und 18/1876 mit 18/1881 werden in die zuständigen federführenden Ausschüsse verwiesen.

Die Tagesordnungspunkte 6 (Drs. 18/305), 7 (Drs. 18/314), 8 (Drs. 18/315) und 9 (Drs. 18/342) werden vertagt.

Meine Damen und Herren, es bleibt mir nichts anderes zu tun als das, was mir Herr Kollege Swoboda unnötigerweise abnehmen wollte. Ich wünsche Ihnen einen schönen Abend, geprägt von etwas unaufgeregteren Gesprächen, gerne auch über Fraktionsgrenzen hinweg. Schönen Abend! Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluss: 19:30 Uhr)



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Bernhard Pohl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Manfred Eibl, Susann Enders, Dr. Hubert Faltermeier, Hans Friedl, Tobias Gotthardt, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Wolfgang Hauber, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Alexander Hold, Nikolaus Kraus, Rainer Ludwig, Gerald Pittner, Kerstin Radler, Gabi Schmidt, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Drs. 18/1849

Ein klares NEIN zu sozialistischen und nationalistischen Irrwegen!

1. Der Landtag distanziert sich von allen Überlegungen und Bestrebungen, in Bayern und in Deutschland sozialistische oder nationalistische Irrwege zu beschreiten.
2. Der Landtag bekennt sich zur freiheitlich demokratischen Grundordnung und damit zu unserer verfassungsmäßigen Ordnung, deren Kernbereich die Grundrechte sind. Der Landtag verurteilt daher Aktionen, die geeignet sind, diese Ordnung in Frage zu stellen.
3. Der Landtag lehnt explizit Vorschläge zur Verstaatlichung, Vergemeinschaftung oder Vergesellschaftung privatwirtschaftlicher Unternehmen wie BMW ab; auch die Enteignung privater Wohnungseigentümer ist nicht Gegenstand bayerischer Politik.
4. Der Landtag stellt fest, dass die von den Parlamenten und Regierungen des Bundes sowie der Länder getragene Soziale Marktwirtschaft die unverzichtbare Grundlage für den Wiederaufbau Deutschlands nach dem Zweiten Weltkrieg und die Schaffung von Wohlstand durch die Menschen und Unternehmen war und dies bis heute ist.

Die Präsidentin

I.V.

Karl Freller

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Karl Freller

Präsidentin Ilse Aigner

Erster Vizepräsident Karl Freller: Jetzt rufe ich auf:

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring,
Bernhard Pohl u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Ein klares NEIN zu sozialistischen und nationalistischen Irrwegen! (Drs. 18/1849)

Über diesen Dringlichkeitsantrag soll in namentlicher Form abgestimmt werden. Die Urnen stehen bereit. Ich eröffne die Abstimmung. Wir haben fünf Minuten Zeit.

(Namentliche Abstimmung von 15:01 bis 15:06 Uhr)

Präsidentin Ilse Aigner: Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich schließe die Abstimmung. Das Ergebnis wird wie immer außerhalb des Sitzungssaales ermittelt und später bekannt gegeben.

Wir fahren jetzt mit den Haushaltsberatungen fort. Bevor wir damit beginnen, haben wir noch einen Beschluss zu fassen.

(Unruhe)

– Wenn sich die Kolleginnen und Kollegen wieder hinsetzen könnten und etwas ruhiger wären, wäre es sehr nett. Wir müssen noch Beschlüsse fassen. – Danke schön.

Ich schlage Ihnen vor, den fraktionslosen Kollegen in Anlehnung an die bisherige Festlegung der Redezeiten die Hälfte der Redezeit der kleinsten Fraktion einzuräumen; das sind dann für die normalen Einzelpläne vier Minuten Redezeit. Die Fraktionen haben sich darauf verständigt, die Redezeit bei den Tagesordnungspunkten 19 bis 21 – das sind die Beratungen zum Finanzausgleichsänderungsgesetz, zum Einzelplan 13 und zum Haushaltsgesetz – auf sechs Minuten festzulegen.

(Unruhe)

– Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, es wäre hilfreich, wenn Sie ruhiger wären, weil wir jetzt noch einen Beschluss fassen müssen. – Ich hoffe, alle haben die Regelungen verstanden.

Wer diesen Redezeiten bei den Haushaltsberatungen zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der GRÜNEN, der SPD, der FREIEN WÄHLER, der CSU, der FDP und der AfD, also alle Fraktionen und auch die fraktionslosen Abgeordneten. Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Keine. Dann ist es so beschlossen.

Zum Beratungsablauf möchte ich noch auf Folgendes hinweisen: Auf die Aussprache zu den Einzelplänen folgen zuerst die Abstimmungen zu den von den Fraktionen zur Einzelabstimmung hochgezogenen Änderungsanträgen. Bisher wurden mit Ausnahme der Einzelpläne 04 und 16 von den Oppositionsfraktionen zu den übrigen Einzelplänen Einzelabstimmungen zu Änderungsanträgen beantragt. Nach Schluss der Aussprache zu den Einzelplänen erfolgen zuerst die Abstimmungen über diese Anträge. Nach der Feststellung und der Bekanntgabe der Abstimmungsergebnisse erfolgt die Abstimmung über die Einzelpläne selbst.

Dafür sowie für Zwischenbemerkungen und Redebeiträge der fraktionslosen Abgeordneten wurden bei der Sitzungsplanung pro Einzelplan circa 30 Minuten veranschlagt. Somit ergeben sich circa zwei Stunden Beratungszeit für jeden Einzelplan.

Ihre Stimmkarten für die namentlichen Abstimmungen wurden nicht auf Ihre Plätze gelegt. Sie erhalten diese wie gewohnt bei den Offizianten außerhalb des Sitzungssaals. Nachdem wir viele Abstimmungen haben, bitte ich Sie herzlich, die Stimmkarten nach dem Ende der jeweiligen Sitzung wieder an die Offizianten zurückzugeben oder hier im Saal zu lassen und auf die Tische zu legen, damit sie für die jeweils nächsten Sitzungen wieder verwendet werden können.

(...)

Präsidentin Ilse Aigner: Bevor ich dem nächsten Redner das Wort erteile, gebe ich das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Dringlichkeitsantrag der FREIEN WÄHLER "Ein klares NEIN zu sozialistischen und nationalistischen Irrwegen!" auf Drucksache 18/1849, bekannt. Mit Ja haben 111, mit Nein 78 Kolleginnen und Kollegen gestimmt. Es gab keine Stimmenthaltungen. Damit ist der Dringlichkeitsantrag angenommen.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 1)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 14.05.2019 zu Tagesordnungspunkt 3: Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Bernhard Pohl u. a. und Fraktion FREIE WÄHLER; Ein klares NEIN zu sozialistischen und nationalistischen Irrwegen! (Drucksache 18/1849)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus		X		Dr. Faltermeier Hubert	X		
Adje Benjamin		X		Fehlner Martina		X	
Aigner Ilse	X			Fischbach Matthias	X		
Aiwanger Hubert	X			Flierl Alexander	X		
Arnold Horst				Flisek Christian		X	
Aures Inge				Franke Anne		X	
				Freller Karl	X		
Bachhuber Martin	X			Friedl Hans	X		
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter	X			Friedl Patrick		X	
Bauer Volker	X			Fuchs Barbara		X	
Baumgärtner Jürgen		X		Füracker Albert	X		
Prof. Dr. Bausback Winfried	X						
Bayerbach Markus		X		Ganserer Markus (Tessa)		X	
Becher Johannes		X		Gehring Thomas		X	
Becker Barbara	X			Gerlach Judith	X		
Beißwenger Eric	X			Gibis Max	X		
Bergmüller Franz		X		Glauber Thorsten			
Blume Markus		X		Gotthardt Tobias	X		
Böhm Martin		X		Gottstein Eva	X		
Bozoglu Cemal		X		Graupner Richard		X	
Brannekämper Robert	X			Grob Alfred	X		
Brendel-Fischer Gudrun	X			Güller Harald		X	
von Brunn Florian		X		Guttenberger Petra	X		
Dr. Büchler Markus		X					
Busch Michael		X		Häusler Johann	X		
				Hagen Martin	X		
Celina Kerstin		X		Prof. Dr. Hahn Ingo		X	
Dr. Cyron Anne		X		Halbleib Volkmar		X	
				Hanisch Joachim	X		
Deisenhofer Maximilian		X		Hartmann Ludwig		X	
Demirel Gülseren		X		Hauber Wolfgang	X		
Dorow Alex	X			Haubrich Christina		X	
Dremel Holger	X			Henkel Uli		X	
Dünkel Norbert	X			Herold Hans	X		
Duin Albert				Dr. Herrmann Florian	X		
				Herrmann Joachim	X		
Ebner-Steiner Katrin		X		Dr. Herz Leopold	X		
Eck Gerhard	X			Dr. Heubisch Wolfgang	X		
Eibl Manfred	X			Hierneis Christian		X	
Dr. Eiling-Hütig Ute				Hiersemann Alexandra		X	
Eisenreich Georg	X			Hintersberger Johannes	X		
Enders Susann	X			Högl Petra	X		
Enghuber Matthias	X			Hofmann Michael	X		
				Hold Alexander	X		
Fackler Wolfgang	X			Holetschek Klaus	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. Hopp Gerhard	X		
Dr. Huber Marcel	X		
Dr. Huber Martin		X	
Huber Thomas			
Huml Melanie	X		
Jäckel Andreas	X		
Dr. Kaltenhauser Helmut	X		
Kaniber Michaela	X		
Karl Annette		X	
Kirchner Sandro	X		
Klingen Christian		X	
Knoblach Paul		X	
Köhler Claudia		X	
König Alexander	X		
Körber Sebastian	X		
Kohler Jochen	X		
Kohnen Natascha		X	
Krahl Andreas		X	
Kraus Nikolaus	X		
Kreuzer Thomas	X		
Kühn Harald	X		
Kurz Susanne		X	
Ländner Manfred	X		
Lederer Otto	X		
Lettenbauer Eva		X	
Löw Stefan		X	
Dr. Loibl Petra	X		
Ludwig Rainer			
Magerl Roland		X	
Maier Christoph		X	
Mang Ferdinand		X	
Mannes Gerd		X	
Markwort Helmut	X		
Dr. Mehring Fabian	X		
Dr. Merk Beate	X		
Miskowitsch Benjamin	X		
Mistol Jürgen		X	
Mittag Martin	X		
Monatzeder Hep		X	
Dr. Müller Ralph		X	
Müller Ruth		X	
Muthmann Alexander	X		
Nussel Walter	X		
Dr. Oetzing Stephan	X		
Osgyan Verena		X	
Pargent Tim		X	
Prof. Dr. Piazolo Michael	X		
Pittner Gerald	X		
Plenk Markus	X		
Pohl Bernhard	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Pschierer Franz Josef	X		
Radler Kerstin			
Radlmeier Helmut	X		
Rauscher Doris		X	
Regitz Barbara	X		
Reiß Tobias	X		
Dr. Rieger Franz	X		
Rinderspacher Markus		X	
Ritter Florian		X	
Rüth Berthold	X		
Dr. Runge Martin			
Sandt Julika	X		
Sauter Alfred			
Schalk Andreas	X		
Scharf Ulrike	X		
Schiffers Jan		X	
Schmid Josef	X		
Schmidt Gabi	X		
Schöffel Martin	X		
Schorer Angelika	X		
Schorer-Dremel Tanja	X		
Schreyer Kerstin	X		
Schuberl Toni		X	
Schuhknecht Stephanie		X	
Schulze Katharina		X	
Schuster Stefan		X	
Schwab Thorsten	X		
Dr. Schwartz Harald	X		
Seidenath Bernhard	X		
Seidl Josef		X	
Sengl Gisela		X	
Sibler Bernd	X		
Siekmann Florian		X	
Singer Ulrich		X	
Skutella Christoph	X		
Dr. Söder Markus			
Sowa Ursula		X	
Dr. Spitzer Dominik	X		
Stachowitz Diana		X	
Stadler Ralf		X	
Steinberger Rosi		X	
Steiner Klaus	X		
Stierstorfer Sylvia	X		
Stöttner Klaus	X		
Stolz Anna	X		
Straub Karl	X		
Streibl Florian	X		
Dr. Strohmayr Simone		X	
Stümpfig Martin		X	
Swoboda Raimund	X		
Tasdelen Arif			
Taubeneder Walter			
Toman Anna		X	
Tomaschko Peter	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Trautner Carolina	X		
Triebel Gabriele		X	
Urban Hans		X	
Vogel Steffen	X		
Wagle Martin	X		
Waldmann Ruth		X	
Prof. Dr. Waschler Gerhard	X		
Weidenbusch Ernst	X		
Dr. Weigand Sabine		X	
Weigert Roland	X		
Westphal Manuel	X		
Widmann Jutta			
Wild Margit			
Winhart Andreas		X	
Winter Georg	X		
Zellmeier Josef	X		
Zierer Benno			
Zwanziger Christian		X	
Gesamtsumme	111	78	0